

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Runkel.
Druck: A. Auer, Verlag: Auer-Druck.
H. Auer, Verlags- und Druckerei.
Kasseler Platz 10, Leipzig.
Telefon: 1000, 1001, 1002, 1003.
Postfach: 1000, 1001, 1002, 1003.

Nr. 69.

Mittwoch, den 23. März 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Im Reichswirtschaftsministerium fand eine Konferenz der Handels- und Arbeitsminister der Freistaaten statt, die sich mit der Wirkung der Sanktionen und möglichen deutschen Gegenmaßnahmen wirtschaftlicher Art durch Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftslebens befaßte.

Der polnische Terror in Oberschlesien nimmt ständig zu, einige Grenzortschaften, in denen auch die polnische Republik ausgerufen wurde, sind völlig in polnischer Gewalt.

Nach einer römischen Meldung sollen fünf neue Staaten an den Völkerbundsrat ein Protestschreiben gegen die wirtschaftlichen Sanktionen der Entente gerichtet haben.

Präsident Harding hat den Kongress zu einer Sondertagung am 11. April einberufen.

Manchester Guardian schreibt: Die Lage in England werde infolge des rapiden Anwachsens der Arbeitslosigkeit immer fataler. Die Gesamtzahl der vollständig Arbeitslosen betrug am 15. März 1.855.000 Personen.

Die Unteilbarkeit Oberschlesiens.

St. Als der erste Zug, der die Abstimmungsgäste wieder in die Heimat brachte, auf dem Schlesiens Bahnhof in Berlin eintraf, da wurden die heimkehrenden Oberschlesier vom Reichslanzler mit einer Ansprache begrüßt, in der er vor allem die Unteilbarkeit und die Untrennbarkeit Oberschlesiens betonte. Diese Forderung muß nunmehr auch von den alliierten Mächten anerkannt werden, die die Entscheidung über das endgültige Schicksal Oberschlesiens zu fällen haben. Oberschlesien ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet und kann nur als einheitliches Wirtschaftsgebiet behandelt werden. Auch jetzt, nachdem die amtlichen Zahlen der Interalliierten Kommission in Oberschlesien bekanntgegeben worden sind, ergibt sich eine überwiegende Mehrheit für Deutschland, eine Mehrheit, die mehr als 80 Prozent beträgt. Bei einem solchen Siege kann die Entscheidung für den guten Willen nicht schwer fallen. Oberschlesien muß ganz bei Deutschland bleiben. Das ist das Ergebnis der Abstimmung, und das wird auch das Ergebnis der Entscheidung der Alliierten sein. Der Industriebezirk hat eine sichere Mehrheit für Deutschland. Zwar haben die städtischen Gemeinden des Kreises Ratiboritz, die Gemeinden, in denen sich die Kohlengruben befinden, nicht unerbittliche polnische Mehrheiten, doch kann man die Stadt Ratiboritz, die eine überwältigende deutsche Mehrheit errungen hat, nicht aus ihrer Umgebung herausreißen, und wenn die Polen versuchen sollten, geringe Zellerfolge in diesem Gebiet als Sprengmittel zu benutzen und Oberschlesien zu zerschneiden, so werden sie davon nur überzeugt — wenig Erfolg haben. Daß das Industriegebiet als solches unteilbar ist, bedarf gar keiner näheren Begründung. Die deutschen Mehrheiten, die erreicht worden sind, geben die Gewährung dafür, daß das gesamte Industriegebiet bei Deutschland bleibt. Bei Deutschland aber müssen auch die Kreise Rybnik und Bielez bleiben, denn wenn es noch einen Sinn haben soll, daß die wirtschaftlichen und geographischen Rücksichten bei der Grenzsetzung mitzureden haben, so spricht alles in diesen Kreisen für ein Verbleiben bei Deutschland und nicht für eine Zuteilung an Polen. Rybnik und Bielez sind die Hauptstützen der Industrie. Hier liegen noch die gewaltigen ungehobenen Kohlenkäse. Wer glaubt in der Welt, daß Polen in der Lage wäre, solche Schätze heben zu können? Die Welt aber kann jetzt, da sie im Zeichen des Wiederaufbaues steht, keinerlei Produktionsquellen entbehren, und nicht im deutschen, sondern im europäischen Interesse liegt es, daß der Gedanke der Unteilbarkeit Oberschlesiens auch von den Alliierten als leitender Gedanke angenommen wird.

Das amtliche Wahlergebnis.

Die interalliierte Kommission hat nunmehr ihre Statistik über die ober-schlesische Abstimmung abgeschlossen. Die Abweichung von der deutschen Auszählung ist nur ganz gering. Die interalliierte Kommission zählt 716.406 deutsche und 471.408 polnische Stimmen.

Nach dieser Statistik hat Deutchen Stadt und Land immer noch eine deutsche Mehrheit. Großenteils dagegen eine geringe polnische Mehrheit. In Ratiboritz Stadt und Land zählt die Kommission 6.884 deutsche und 89.843 polnische Stimmen.

Eine Sitzung des Reichskabinetts.

Gestern nachmittag fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die sich mit dem Ergebnis der ober-schlesischen Abstimmung befaßte. Insbesondere wurden auch die terroristischen Vorgänge im Industriegebiet, soweit Berichte der Plebiszitkommissionate schon vorlagen, zur Sprache gebracht. Daß die teilweise die Ungültigkeit der Abstimmung in Kreise Bielez bereits ausgesprochen haben, bestä-

tigt sich nicht. Der Kreis-Kontrollleur ist noch mit der Untersuchung beschäftigt.

In Berlin verläßt sich die Meinung, daß angeklagt der Ungewißheit über das Schicksal mehrerer wichtiger Kreise die Grundgebungen von einem entscheidenden deutschen Sieg im In- und Auslande nur mißverstanden werden könnten. Das bezieht sich auch auf eine Rede von Dr. Simons, der auf dem Schlesiens Bahnhof von einer gewonnenen Schlacht sprach. Besonders in Paris ist man infolgedessen zu der Auffassung geneigt, daß Deutschland von der gewonnenen Schlacht dort, wo es deutsche Mehrheiten gibt, spricht und sich mit dem Verlust eines Teiles des Industriegebietes, wo die Polen obliegen, bereits abgefunden hat. Dem ist natürlich nicht so; vielmehr wird die deutsche Regierung gegen den polnischen Terror in mehreren Gebieten in aller Form Protest einlegen, sobald ihr die näheren Unterlagen zugegangen sind. Sodann wird sie aber an der Hand des Gesamtergebnisses mit allem Nachdruck für die Unteilbarkeit Oberschlesiens eintreten. Daß französische Kapitalistenkreise im Industriegebiet für die Polen vorgearbeitet haben, indem sie umfangreichen Stimmentausch betrieben, ist nicht mehr zu bezweifeln, seitdem bekannt geworden ist, daß die Polen es verstanden haben, für eine Investierung französischen Kapitals in einer Anzahl ober-schlesischer Industrieerwerbe Sorge zu tragen.

Frankreich für Unteilung.

Der Matin, der gleich der übrigen Pariser Presse eine Unteilung Oberschlesiens befürwortet, schreibt u. a., es sei die Hauptsache, daß man die 460.000 Polen nicht jener Vorteile beraube, die ihnen der Friedensvertrag verleiht. Die deutsche Mehrheit sei nicht stark genug, um die Zuspaltung des ganzen Landes an Deutschland zu rechtfertigen. Der Grundgedanke Deutschlands, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleiben müsse, sei nicht gerechtfertigt. — All-gemein behauptet die französische Presse, daß eine Unteilung Oberschlesiens unermesslich (!) sein werde, nicht allein wegen der Verteilung der Stimm-mengzahlen, sondern auch wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Europas. (!) Die interalliierte Kommission werde die Aufgabe haben, die Grenzen festzusetzen und zu prüfen, ob die neue Grenzlinie sofort zu errichten sein werde, oder ob dies erst nach einer Reihe von Jahren zu geschehen haben werde, während welcher Oberschlesien unter interalliiertem Kontrolle stehen müsse. (Der Plan, Oberschlesien unter Verbandskontrolle zu nehmen und erst nach einer Reihe von Jahren die Grenze festzusetzen, ist ebenso neu wie rechtswidrig. Aus ihm sprechen nur neue Raubabsichten.)

England und das Abstimmungsergebnis.

Die Meinung in Londoner politischen Kreisen über das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien geht dahin, daß Deutschland im Hinblick auf die über-wiegende Zahl der für Deutschland abgegebenen Stimmen einen großen Teil Oberschlesiens be-halten werde. Es wird aber hinzugefügt, daß das Abstimmungsergebnis die Streitfrage nicht für das ganze Land regelt. Es scheint, daß die Alliierten das Abstimmungsergebnis als Richtschnur bei der Absteckung der künftigen Grenzlinie zugrunde legen wollen. (In England wird man aber auch nicht an der Tatsache vor-übergehen können, daß ganz Oberschlesien ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist.)

Anerkennung des deutschen Sieges in Italien.

Der Secolo meldet: Es gibt für die Alliierten, die ihr Ehrenwort für die Unteilbarkeit versprochen haben, keine andere Möglichkeit, als Oberschlesien den Deutschen zuzusprechen. Sie könnten höchstens Polen einige Grenzgebiete mit überwiegend polnischer Stimmzahl zusprechen. Der Corriere della Sera schreibt: Der deutsche Sieg wird Oberschlesien mindestens zu drei Vierteln Deutschland belassen. Auch das hättenreiter wird man den Polen nicht geben dürfen, weil es überwiegend Deutschland zugestimmt hat. Das erfordert die Wahrung der vorgeschriebenen Ver-tragen und vor den Zusicherungen Lloyd Georges und Giolittis in den Parlamenten.

Polen will Teilung Oberschlesiens.

Das Echo de Paris meldet: Die polnische Staats-regierung richtete an den Obersten Rat eine Note, in der die Teilung Oberschlesiens und die An-gliederung der für Polen bestimmten Bezirke Ober-schlesiens an das polnische Reich gefordert wird. Der Oberste Rat ist zu einer Sitzung zusammengetreten, um die Wünsche und Forderungen der polnischen Regierung zu prüfen.

Politik und Wirtschaft.

Nu. Um die gegenwärtige politische Lage in Europa überhaupt zu verstehen, muß man sich darüber klar werden, daß auch heute, mehr als zwei Jahre nach Beendi-gung des Weltkrieges, die Kriegssphäre keineswegs verschwunden ist. Es lag in der Natur der Dinge, daß sich die Besiegten im eigenen Interesse weit eher in den Zustand des Friedens hineinfinden, als die Sieger, die eben nicht vergessen wollten, daß sie Sieger waren, und die daher bis heute keine andere

Politik als die des Sieges getrieben haben. Das ist aber keine Politik, wenn sie nicht ausreicht, die Lage der Siegerstaaten selbst zu verbessern. Das ist zum mindesten solange keine Politik, solange nicht die Häuser wieder aufgebaut werden, die zerstört worden sind, solange nicht die Wälder wieder hergerichtet sind, die Frachten tragen sollen, solange nicht die Handelsbe-ziehungen wieder angeknüpft worden sind, die von Vorteil für alle Länder sind. Nur den eigenen Vor-teil zu wollen, das ist die Politik des Siegers, aber eine solche Politik hat auch für die Sieger von heute keinen Sinn mehr. Auch die Sieger müssen einsehen, daß sie mit den Besiegten Geschäfte machen müssen und gute Geschäfte macht man bekanntlich immer nur dann, wenn wirklich beide Teile zufrieden sind. Man hätte in der Reparationsfrage ein solches Geschäft machen können. Die öffentliche Meinung Frankreichs war da-gegen, und Lloyd George mußte sich fügen. So kam es zu den Zwangsmassnahmen, die uns Schaden und den Alliierten keinen Nutzen bringen. Der Ur-quell des jetzigen Übels liegt darin, daß ein Gegensatz zwischen Politik und Wirtschaft besteht, der Europa zur Katastrophe bringen kann. Dieser Gegensatz zeigt sich z. B. auch in der ober-schlesischen Frage. Die Franzosen möchten Oberschlesien den Polen zu-sprechen. Das ist ja nun zum Glück durch den deutschen Abstimmungssieg unmöglich geworden, sie möchten aber auch gleichzeitig von Deutschland Geld erhalten. Das aber wäre nicht möglich gewesen, wenn Oberschlesien zu Polen gekommen wäre. Immer dieselbe Zwischmähle, immer dasselbe Schwanzen zwischen Schylla und Charybdis. Wie es gemacht werden sollte, hat Amerika ge-zeigt, das sich mit Recht den politischen Handeln Euro-pas fern hält und das nur dann eingreift, wenn seine Wirtschaft es gebietet. Alle Wirtschaftspolitik an die Front! Wirtschaftspolitik aller Länder, die ihr wirt-schaftlich von der Wirtschaft eures Landes und von der Wirtschaft Europas etwas versteht, vereinigt euch! Dreht der Politik das Gesicht um, der Politik des Sieges, da-mit endlich die Politik getrieben werden kann, die eine gesunde Grundlage hat. Der Gegensatz zwischen Wirtschaft und Politik muß beseitigt werden, damit end-lich eine wirtschaftliche Politik, eine Politik der Wirt-schaft getrieben werden kann, die uns allen nützt und die allein den Wiederaufbau Europas gewährleisten kann.

Kleine politische Meldungen.

Der Wiederkommittent des Reichstags. Wie wir hören, soll der Reichstag auf Wunsch der Reichsregierung bereits am 18. April wieder zusammentreten, um vor Pfingsten noch eine Reihe neuer einzubringender Gesetze zu beraten. Bekanntlich hat das Plenum beschlossen, bis spä-testens 20. April wieder zusammenzutreten.

Auflösung der italienischen Kammer? Der Mailänder Be-richter der Times meldet, er erfahre von zuverlässiger Stelle, daß Giolitti endgültig beschlossen habe, das italien-sche Parlament aufzulösen. Die Neuwahlen werden wahr-scheinlich in der letzten Woche des Mai stattfinden.

Von Stadt und Land.

Mus. 28. März 1921

Rückkehr des schlesischen Wirtschaftsministers. Der an einem Lungenerkrankung erkrankte schlesische Wirtschaftsminister Schwarz, der sich bekanntlich seit einiger Zeit in einem Sanatorium im Schwarzwald aufhält, geht Ende April oder Anfang Mai seine parlamentarisch-ministerielle Tätigkeit wieder aufnehmen zu können. Er muß sich allerdings noch lange Zeit hindurch größte Schonung auferlegen.

Die Kinderzulagen der Staatsbeamten. Wie wir erfahren, hat das Gesamtministerium beschlossen, die Vorzüge über die Kinderzulagen der Staatsbeamten zur erneuten Beschlußfassung an den Landtag zurückzuverweisen, jedoch nur in Bezug auf die rückwirkende Kraft. Der Landtag hatte beschlossen, die Zulage rückwirkend ab 1. April 1920 zu gewähren, während die Regierung sie nur rückwirkend ab 1. Januar 1921 bewilligen wollte. Mit der Zahlung der Kinderzulagen bis zum 21. Lebens-jahr, anstatt bis zum 18., hat sich die Regierung einverstanden erklärt.

Verleihung der Roten-Kreuz-Medaille. Durch Vermittelung des Direktors des Altkreises in Dresden ist Frau Bürger-meister Rosenfeld, früher in Johannegeorgenstadt, Frau Pfarrer Schumann, früher in Grünstädtel, Frau Gemeindevorstand Heintze in Bismarckau und Frau Kauf-mann Seidel in Eibenstock wegen ihrer Verdienste um das Rote Kreuz (Sammlung von Liebesgaben für die Krieger und Lazarette, Leitung und Verwaltung von Arbeitsstellen zur Anfertigung von Wäsche, Unterleibern, Strümpfen, Decken für Krieger und Lazarette) die Rote Kreuz-Medaille 3. Klasse verliehen worden.

Eisenbahnverkehr am Gründonnerstag. Die vorwiegend der Arbeiterbeförderung dienenden Personenzüge verkehren morgen am Gründonnerstag nicht wie an Sonnabenden, sondern wie an den übrigen Werktagen. Nähere Auskunft erteilen die Stationen.

Für die ober-schlesische Grenzspende wurden beim Auer Tage-blatt neuerdings eingezahlt 25 M. von Hrn. Hempel (Wagner-garten).

Jubiläum. Ihr dreißigjähriges Jubiläum bei der Firma Ernst Becker, Metallwarenfabrik, konnten letzthin feiern der Bräuer-meister Arthur Röhler, der Lagerarbeiter Ernst Geisler und der Radierer Joseph Starz. Die drei Jubilare wurden durch die Firma mit Glückwünschen und einem ansehnlichen Geldgeschenk ausgezeichnet, ebenso wie ein vierter Jubilär, der Kiemperer Albin Weigelt, der 25 Jahre im Dienste der Firma steht. (Wiederholt wegen Druckfehlers.) — Ferner feiern bei der Firma Erdm. Riechels, Maschinenfabrik und Eisengießerei, heute ihr 25jähriges Jubiläum der Arbeiter Heinrich Weismann und der Arbeiter